

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 1

Buchbesprechung: Hinweise auf Zeitschriften

Autor: Stössinger, Felix

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hinweise auf Zeitschriften

Roosevelt – Stalin

Die Ereignisse der letzten Monate haben auch einer breiteren Öffentlichkeit nicht mehr verbergen können, daß die Weltpolitik des Westens durch einen erschreckenden Dilettantismus die Menschheit mit unabsehbarem Unglück bedroht. *Europa*, das am stärksten gefährdet ist, bezahlt nun schwer dafür, daß die großen Geschichtsnationen des Abendlandes einem Lande, das erst 1918 aus einer Kolonialmacht eine Mutterlandsmacht geworden ist, die Führung ihrer Geschicke überlassen haben. Als ein Versuch, das Steuer wieder an sich zu reißen, dürfen wohl der Besuch Attlees in Washington und der Verzicht Englands auf weitere Marshallhilfe angesehen werden.

Als Sündenbock der Entwicklung schickt man jetzt gern Roosevelt in die Wüste allgemeiner Verdammung. Auf den Wendepunkt des Roosevelt-Kults macht Georges Goriely in den belgischen, parteiunabhängigen *«Cahiers Socialistes»* (26) mit zutreffenden Argumenten aufmerksam. Charakteristisch ist vor allem der vollständigste Wechsel der amerikanischen Außenpolitik von einem Extrem zum andern. Die «Teilung» der Welt in Einflußzonen zwischen zwei Partnern hat schon im Hitler-Stalin-Pakt Schiffbruch gelitten. Die Wiederholung der Verteilungsdiplomatie von 1939 in Teheran, Yalta, Potsdam, stets unter Zustimmung Churchills, setzte sich souverän über den Willen und die Interessen der Völker hinweg und führte zum unvermeidlichen Konflikt der Verteilungsmächte. Amerika wurde, ohne im Besitz außenpolitischer Konzeptionen zu sein, sich seiner neuen Macht bewußt und glaubte, die entgegengesetzten politischen Tendenzen von heute auf morgen verwirklichen zu können. Gestern die sinnlosesten Konzessionen an Rußland; heute der Versuch, sie zu widerrufen und eine rücksichtslose Politik des Cordon sanitaire. Gestern Deutschland gegenüber bedingungslose Kapitulation und Morgenthau-Politik; heute Gleichberechtigung und Aufrüstung. Gegenüber der amerikanischen Unbestimmtheit außenpolitischer Führung hatte Europa, wie Goriely richtig einwendet, die Möglichkeit, eine eigene Politik durchzusetzen. Die amerikanische «incertitude» – sagen wir lieber Ahnungslosigkeit – war Europas beste Waffe, sich selbst zur Geltung zu bringen. Aber Europas Politik hatte der amerikanischen Traditionslosigkeit gegenüber den Nachteil eines Übergewichts an Traditionen. Das zeigte sich in der französischen Politik Deutschland, in der englischen dem Kontinent gegenüber, vor allem in Afrika und im Vorderen Orient, wo England die Kontinentalmächte aus allen ihren Kolonien vertreiben möchte, um sie unter seine Kontrolle zu bringen. Als eine große Weltgefahr bezeichnet es der Verfasser, daß Amerika alle seine Kräfte in den russischen Gegensatz investiert und sich über die wahrhaft europäischen Interessen hinwegsetzt.

Aber ist nicht gerade das alles das unheilvolle Erbe Roosevelts? Und ist Roosevelt dafür allein verantwortlich? Die russisch-amerikanischen Beziehungen von 1941 stellt George Fischer im *«Monat»* (27) an Hand der großen Roosevelt-Literatur dar, die mit ihrer Detailfülle nur zu sehr die großen Linien überwuchert. Roosevelt glaubte ehrlich, und damals bis zu einem gewissen Grad mit Recht, daß Stalin «nur einen Wunsch habe, Sicherheit für sein Land». Eine sowjet-amerikanische «Verständigung und Zusammenarbeit» erschien ihm unumgänglich. Der entschiedenste Anhänger dieser Politik war sein

Mitarbeiter Harry L. Hopkins. Er setzte sich gegen eine andere Richtung in Washington durch, die «diplomatische Vorsicht», ja «betonte Zurückhaltung» empfahl. Es gingen hier zwei ganz verschiedene Auffassungen in- und nebeneinander. Engste militärische Zusammenarbeit, wie sie Roosevelt-Hopkins wünschten, löste eine neue Politik diplomatischer Konzessionen aus, während die Gegenrichtung weder diese noch jene wünschte. Der Eindruck auf Stalin war 1941 so schlecht, daß Harriman und Lord Beaverbrook ohne Konsultation ihrer Regierungen «schleunigst die Liste der Angebote änderten». Man hat also auch aus diesem Bericht den Eindruck, daß die englisch-amerikanische Politik der militärischen Unterstützung im Augenblick von Rußlands schwerster Bedrängnis zumindest zögernd war.

Als Hauptfehler dieses Jahres erscheint dem Verfasser dieses Artikels im «*Monat*» der Verzicht der englisch-amerikanischen Delegation, die Fragen des Nachkriegseuropas auf der Moskauer Konferenz zu besprechen. Beaverbrook wich Stalins politischen Andeutungen «hastig aus». Die Delegation soll dadurch den Fehler begangen haben, Rußland nicht die in diesem Stadium militärischer Schwäche möglichen politischen Zugeständnisse abgefordert zu haben. Aber welche Mittel hätte man besessen, sie nach dem gemeinsamen Sieg zu sichern? In Moskau also, das geht zumindest auch aus diesem Bericht hervor, hat keine Seite Zugeständnisse gemacht oder gefordert. In Teheran, Yalta, Potsdam erfolgten dann um so größere Zugeständnisse, deren Sinn darin bestand, die sogenannte One World zwischen der angelsächsischen und der russischen Weltherrschaft aufzuteilen. Wie dieser Akkord in Yalta zwischen Tür und Angel zustande kam, hat seinerzeit in «*United Nations World*» (III, 1) der frühere Abteilungsleiter des Flotten-Nachrichtendienstes, *Rear-Admiral Ellis M. Zacharias*, dargestellt. Es war keine Rede davon, daß Stalin Roosevelt hineinlegte und sich durch Angebot der Hilfe gegen Japan seine heutige Machtstellung im Fernen Osten schuf, denn Roosevelt war es, der zwei optimistische Berichte des Nachrichtendienstes über den Zustand der japanischen Kräfte zugunsten eines dritten, pessimistischen Berichtes zurückstellte und den Beistand Rußlands für unentbehrlich erklärte. Nicht erst in Korea hat die Unzuverlässigkeit dieses Nachrichtendienstes militärpolitische Entscheidungen von größter Tragweite verschuldet. Dennoch wäre es verfehlt, bloß auf diesen einen irrigen Bericht Roosevelts Entscheidung zurückzuführen. Die Teilung Europas zwischen Russen und Angelsachsen war der westliche Aspekt derselben Politik, die in Ostasien weitergeführt wurde und deren blutige Früchte heute über unsern Köpfen hängen.

Probleme des Commonwealth

Man kann die Weltkonflikte des Nachkriegs nicht verstehen, wenn man die eigentlichen Probleme der Weltumgestaltung nur hinter dem machtpolitischen russisch-amerikanischen Gegensatz sucht. Rußlands starke Stellung in Asien beruht auf dem Gegensatz zwischen den hunderten Millionen, denen die heutige Weltstruktur keine Hilfe bietet, und dem *Eliteprinzip*, auf das sich der angelsächsische Herrschaftsgedanke bisher wenigstens zurückzog. Charakteristisch dafür war die Politik, die unermesslichen Räume des britischen Commonwealth leer zu lassen und eine Milliarde Menschen in überfüllte Gebiete einzupferchen. Ohne die Einwanderungspolitik des Commonwealth wäre Japan nicht zur Expansion auf das asiatische Festland und zu den daraus resultierenden Kriegen gedrängt worden. Heute erweist sich nun die *Leere des Commonwealth* und der durch Unterdrückung der Umwelt hochgezüchtete *Luxus einer Minderheitsbevölkerung* als

schwerwiegendes Manko. Die Aufnahme von Indien und Pakistan in das Commonwealth hat aber nun die ersten grundsätzlich veränderten Beziehungen zwischen der angelsächsischen Rassenpolitik und der nicht-angelsächsischen Mehrheit des neuen Commonwealth vorbereitet und damit den Gedanken einer Einwanderungspolitik in diese Leerräume gefördert.

Norman Angell hat das Verdienst, diese Frage einmal ganz offen in seinem Vortrag «Emigration and Defence» (Einwanderung und Verteidigung) in der *Eleanor-Rathbone-Stiftung* behandelt zu haben. Die Veröffentlichung in der «*World Review* (12) beweist, daß auch die neue Leitung dieser sehr guten Zeitschrift die weltpolitische Bedeutung der Commonwealth-Leere begriffen hat. Als unentbehrliche Voraussetzung für den Fortbestand des Commonwealth bezeichnet der bekannte Pazifist die Steigerung der Bevölkerungszahlen und des allgemeinen Wohlstands des Commonwealth auf den Standard der Vereinigten Staaten. Wenn das Commonwealth nicht dieselben Einwanderungsmassen aufnehmen wird wie die Vereinigten Staaten in den letzten achtzig Jahren, wird es nicht dem Bevölkerungsdruck Asiens widerstehen können. Ohne eine engere Föderation des Commonwealth ist diese Politik aber schwer durchführbar. Die Leere und die losen Bindungen zwischen den Commonwealthstaaten müssen gleichzeitig überwunden werden.

Der Einwand, daß eine solche Politik Jahrzehnte der Verwirklichung braucht, während es scheinbar nur noch auf Monate ankommt, ist Angell bekannt; er widerlegt ihn. Die russische Politik rechnet mit Gegensätzen, Krisen und verzweifelten Zuständen in der ökonomischen und moralischen Welt des Westens. Heute befinden sich 7–10 Millionen Menschen Europas in jener hoffnungslosen Lage, in der einst eine gleich große Zahl von Menschen in Rußland, Osteuropa, Irland die Möglichkeit eines neuen Lebens durch Auswanderung nach Amerika besaß. Ohne viel Planung konnte Amerika einst *hunderttausend Menschen monatlich* aufnehmen. Als Lincoln starb, betrug die Bevölkerung des heutigen Gesamtgebietes etwas über 30 Millionen; vor allem durch Einwanderung ist Amerika eine Weltmacht geworden, es nahm Millionen Menschen unter weit ungünstigeren Verhältnissen und auf einem weit kleinerem Territorium auf, als das Commonwealth heute bietet.

Das Commonwealth ist freilich dadurch benachteiligt, daß es *keine politisch-ökonomische Einheit* ähnlich den Vereinigten Staaten bildet. Über Vor- und Nachteil dieser äußerlich losen, aber anonym wirtschaftlichen, festen Vereinigungsform liest man zwei instruktive Aufsätze *The Cult of the Commonwealth* von *J. H. Huizinga* (dem Sohn des verstorbenen Kulturhistorikers) in «*The Fortnightly*» (1006, 1007). Ich habe sie bereits im «*Volksrecht*» auf der Seite *Die Welt der Zeitschrift* (30. 11.) besprochen und kann hier darauf verweisen. Die politische Einheit als Voraussetzung der wirtschaftlichen betont auch *Norman Angell* mit Nachdruck, weil er eine Entwicklung des Commonwealth im Maßstab der Vereinigten Staaten nur im Fall einer festeren Föderierung der Dominien rund um das Mutterland für möglich hält. Die Desintegration des Commonwealth würde die Verwendung und Einordnung von Einwanderungsmassen illusorisch machen. Der alte Widerstand der leeren Dominien gegen Einwanderung ist im Schwinden. Freilich möchten sich Australien, Neuseeland, Kanada Einwanderer nach ihrem Geschmack, am liebsten rechte Engländer, aussuchen. Aber Einwanderer dieses Schlages haben jetzt bereits versagt. Sie kehrten nach England zurück, weil die Wohnungsknappheit in Übersee der heimischen in nichts nachgibt. Man hat dasselbe Problem beim Aufbau *Palästinas* erlebt. Fürchterliche Leiden zwangen den Zionismus, von seiner *Edelkolonisation* abzulassen

und eine massiv-abenteuerliche zu wagen. Finden sich aber keine garantiert echten Engländer für eine Besiedlung der Dominien, so wird man eben doch die bedrängteren Völker zulassen und einladen müssen. Sehr richtig erkennt Norman Angell, daß die Verteidigungsfähigkeit des Westens von dieser Kolonisationsfrage à la longue mitbestimmt wird.

China

Der Widerspruch zwischen der amerikanischen Außenpolitik und der chinesischen Wirklichkeit wirkt auf Leser amerikanischer Zeitschriften überraschend, weil die Chinkenner, die es in Amerika gibt, seit langem auf die sozial-revolutionäre und weltpolitische Bedeutung der Ereignisse aufmerksam machten, die auch einem großen Teil der schweizerischen Öffentlichkeit so unerwartet gekommen sind: Was das Ereignis China weltpolitisch bedeutet, kann ich in einem Satz bezeichnen und mich im übrigen auf meine hier veröffentlichten Beiträge über *Joseph Bloch* und die «*Sozialistischen Monatshefte*» berufen. Die von Bloch geschaffene, in meinem Buch «*Revolution der Weltpolitik*» dargestellte Konzeption der *fünf Imperien* nahm mit äußerster Bestimmtheit an, daß sehr bald die politische Führung Ostasiens an China übergehen und China das vierte Imperium, das *Imperium Ostasien*, zur Wirklichkeit machen wird, mit dem keine Kolonisierung ostasiatischer Völker durch die euro-amerikanischen Kolonialmächte mehr vereinbar sein wird. Da die Imperialentwicklung die oberste und allgemeinste ist, können die Methoden ihrer Verwirklichung eben nur als Mittel zum Zweck angesehen werden. So vage alle Spekulationen sind, Mao werde sich von heute auf morgen in einen Tito verwandeln, so dogmatisch sind die Versicherungen, er werde bolschewistisch, prussisch bleiben. Er wird vor allem *ostasiatisch-imperial* sein und mit Rußland zusammengehen, solange die beiden Imperialinteressen sich vertragen, also lange.

Auf der festen Basis der Imperialidee liest man die Arbeit eines namhaften Chinkenners wie *Karl A. Wittvogel* «How to checkmate Stalin in Asia?» (*Wie bieten wir Stalin in Asien Schach?*) in *Commentary* (X/4) mit dem sehr wichtigen Vorbehalt, daß jede Vergleichung von Imperien mit Kleinstaaten (Jugoslawien) zu unrichtigen Konsequenzen führt. Wittvogel, der den russischen Kommunismus an den Quellen studierte, sah richtiger als andere voraus, daß Mao nach seinem Sieg keine Atempause benötigen, sondern die bewegenden Kräfte über die Grenzen hinaus weitertreiben wird. Gewiß kann man das als bolschewistische Expansion bezeichnen, besser aber wohl als imperial-ostasiatische, wie die Ziele: Tibet, Korea, Indochina zeigen; alles altchinesische Gebiete. So ist der Kommunismus von Mao vor allem als Vehikel seiner Asienkonzeption zu verstehen. Wittvogel weist auf die festen ideologischen Bindungen Chinas an den Bolschewismus hin, die stärker sind als die Bindung an Marx. Die chinesische Partei ist nach dem Muster der russischen errichtet. Eine beträchtliche Zahl von Parteimitgliedern hat das russische Training passiert. Wie andere Chinaberichte legt auch dieser den Hauptakzent auf die entgegengesetzten ursprünglichen Formen beider Revolutionen, der russischen von der Stadt aufs Land, der chinesischen vom Land in die Stadt.

Chinas Größe schließt an sich ein Satellitentum aus. Die Spannungen, die in einem Satellitenverhältnis entstehen können, fehlen also in China, daher auch die Gründe zu einem Bruch. Dagegen bindet beide Mächte der ideologische Glaube an den unvermeidlichen «Endkampf» zwischen dem «kapitalistischen» und dem «sowjetischen» Block. Amerikas große, aber auch einzige Chance in Asien liegt auf dem Gebiete der *Agrarrevolution*.

Dort könnte Amerika sogar im Vorsprung sein. Denn eine von Amerika inspirierte Landverteilung wäre mehr oder weniger definitiv, während hinter jeder kommunistischen Landverteilung der letzte Akt der Kolchewisierung steht, die die Bauern zu besitzlosen Landarbeitern macht. Amerika kann freilich diese Politik auf den Philippinen, in Indochina (das immerhin noch zur Französischen Union gehört) und in andern Gebieten nicht mit den halbfaschistischen Regierungen betreiben, die am Ruder sind. Wittvogel glaubt, daß die *japanische Landreform von 1946* ein verheißungsvoller Anfang war, bei dem es aber nicht bleiben darf. Er kennt freilich die *Imperienidee* nicht, die jetzt in Ostasien triumphiert, obwohl er in Berlin lange genug den Quellen nahe lebte. Aber diese Unwissenheit ist typisch für die geistigen Vorurteile der damaligen «Linken» in Deutschland. So könnte wohl eine weltweite Agrarreform in Asien den Russen den Wind aus den Segeln nehmen, schwerlich aber China, das, ausgesprochen oder nicht, mit den Kräften der Imperialidee im Bunde, früher oder später der Vorherrschaft der «Weißen» in Asien, inklusive der Russen, ein Ende machen wird.

Sackgasse der Technik

Unter diesem Titel liest man in der österreichischen Monatsschrift für Religion und Kultur «*Wort und Wahrheit*» (9), die zu den zwei, drei besten Zeitschriften deutscher Sprache zählt, eine Studie von *Gaston Bardet*, die sich nicht vorsetzt, die Welt von heute auf morgen zu verändern, sondern zunächst ihre Krankheit zu erklären. Der Verfasser distanziert sich von katholischen Autoren, die jede Entdeckung und jede Erfindung als Fortschritt der Erkenntnis zu Gott hin preisen. Bardet unterscheidet zwischen Menschenwerken, die schöpferisch sind und daher gottebenbildlich, und Spezialisierungsmethoden, die den Menschen als schöpferische Kraft ausschalten, überflüssig machen und zur psychischen Erkrankung verurteilen. Die Technik kann nur Gutes hervorbringen, wenn das Gute ihr Zweck, ihre Voraussetzung, ihr Anfang ist. Die Spezialisierung der Technik hat die Arbeit in mechanische und geistige Funktionen aufgeteilt. Der Arbeiter hat Anordnungen auszuführen, an denen er menschlich-seelisch unbeteiligt ist; alles andere gehört zum «*Thinking department*». Welche Greuel legt allein diese Wortbildung bloß!

Mit den Folgen dieser Arbeitsteilung hat sich bereits *George Friedmann* beschäftigt, auf dessen Arbeiten ich in dieser Rubrik (Juli 1949) hingewiesen habe. Gaston Bardet zeigt die sich überschneidenden Linien auf: Anwachsen der Neurose unter dem Druck des technisch-sozialen Milieus, psychopathologische Stauungen, Verschärfung des Klassenkampfes (der freilich gerade daran nichts ändern kann, denn die russische Wirtschaft ist nicht minder technokratisch als die rein kapitalistische). Der Unterdrückung des schöpferisch-spontanen Menschen (wie Keyserling es nannte) setzt Bardet den Appell an eine *dezentralisierte Wirtschaftsorganisation* entgegen, in deren Mittelpunkt der Arbeiter stehen soll, «nicht nur im Sinn seines besten bio-psycho-soziologischen Gleichgewichtes». Die technisch-kapitalistische Produktionsform ist heute schon dezentralistisch-rückläufig. So sind in Amerika auf dem teuersten Baugrund der Großstädte niedrige Häuser rentabler als Wolkenkratzer, weil in diesen mit ihren ungeheuren Kosten das Kapital einfriert, während in den billigen Laden- und Halbgeschoßhäusern der Ertrag verhältnismäßig weit höher ist. Der *mittlere Betrieb*, die Kleinfabrik, wird also auch in dieser Arbeit als Zukunftsform bezeichnet (vgl. «*Rote Revue*» (Dezember), *Hinweise auf Zeitschriften*).

Sonderhefte

«*Esprit*» schließt den 18. Jahrgang mit einem Sonderheft für *Emmanuel Mounier* im Umfang von 360 kleingedruckten Seiten. Man empfängt mit Bewunderung das schöne Denkmal, das Freunde und Schüler dem verehrten Mann errichtet haben. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Tagebücher und Briefe Mouniers, Studien über Mounier als Christen, Personalisten, Politiker, Erzieher, Wahrheitszeugen. Die große Gemeinde Mouniers in der Schweiz wird diesen außergewöhnlichen Menschen auch in seiner intimsten Selbstdarstellung mit Verehrung aufnehmen, war doch Mounier nach dem Tode von *Ragaz* die letzte große moralische Erscheinung in der Welt der Zeitschrift. – Die Leitung des «*Esprit*» hat Albert Béguin übernommen, die Chefredaktion obliegt weiter Jean-Marie Domenach.

«*Cahiers du Sud*» haben die große Reihe ihrer Sonderhefte durch eine 440 Seiten starke Publikation *Aspects du Génie d'Israël* fortgeführt. Das Thema dieses Sonderheftes gehört zum Themenkreis der «*Cahiers du Sud*», für die Marseille nicht bloß eine Adresse ist, sondern ein Auftrag. Der mediterrane Gedanke führt diese außerordentliche Zeitschrift oft rings um das Mittelmeer, kulturgeographisch wie historisch. Daher die früheren Sonderhefte: *L'Islam et l'Occident*, *Message actuel de l'Inde*, *L'Islam et Occident*, *Permanence de la Grèce*, *Approches de l'Inde*. – Alle diese Themen kehren in den normalen Folgen der «*Cahiers du Sud*» oft wieder und machen sie gerade dadurch zu einer Zeitschrift eigenster Art. Europa hört eben nicht an den Grenzen der Landkarte auf, sondern reicht tief nach Asien hinein, von wo wir alle herkommen. Vom Reichtum dieses letzten Sonderheftes «*Israël*» kann hier kaum mehr als eine Andeutung gegeben werden, setzt es sich doch aus fast 40 Beiträgen einer abwechslungsreichen Thematik zusammen.

Kurze Chronik

Die Frage «*Sollen wir Deutschland wiederaufrüsten*» beantwortet der britische Militätheoretiker *B. H. Liddell Hart* in «*New Republic*» (13) mit großer Zurückhaltung. Besonders erfreulich ist, daß er zunächst eine europäische Wirtschaftsbasis befürwortet und im *Schuman-Plan* den richtigen Anfang sieht. In Deutschland fand er, daß vor allem die Jugend von der europäischen Idee und der deutsch-französischen Kooperation fasziniert wird. Diese Ansichten eines klugen Engländers sollten allen zu denken geben, die den Bocksprüngen der amerikanischen Außenpolitik kopflos folgen. – Über die Stellung des Arbeiters in der französischen Literatur der Romantik 1830–1848 veröffentlicht *Henri Dubourdieu* eine Arbeit, die viel Neues enthält, in der «*Revue Socialiste*» (41/2). *F. Stgr.*

Hinweise auf Bücher

Schweizer Lexikon in zwei Bänden. Encyclopedieverlag, Zürich 1950. Mit einer Weltkarte als Beilage.

Die äußere Ausstattung entspricht derjenigen des siebenbändigen Werkes. Trotz ihrer durch den Raummangel gebotenen Kürze erfüllen die einzelnen Artikel den Zweck einer vorläufigen Orientierung, zumal ihnen oft gute Literaturangaben beigelegt sind, wie sie unseres Wissens kein anderes Kleinlexikon aufzuweisen vermag. Unter gewissen Stichworten sind neueste Ereignisse bereits nachgetragen, die in der früher erschienenen siebenbändigen Ausgabe nicht enthalten sind. A. E.